

Die Weltsicht der FPÖ und ihre Politik

Wie in unserem Nachbarland etwas herangewachsen ist, von dem nur zu hoffen bleibt, dass es zeitgeschichtlich bei einem Intermezzo bleibt

Rechte und Rechtsextreme 'marschieren' weltweit in beträchtlicher Anzahl in die Parlamente – durch Wahlen legitimiert. Die Herkunft ihres 'Wahlvolkes' soziologisch: aus der Unterschicht und der „Mitte der Gesellschaft“. Von „Wutbürgern“ mit „Hass aufs Establishment“ etc. ist die Rede; Experten warnen vor Radikalisierung und sehen den Keim des Faschismus aufkommen. Demokrat_innen versuchen gegenzusteuern: die Rechten aus „Dunkeldeutschland“ (Gauck) sind untragbar, die Aussage „Wir sind das Volk“ von 'der Straße' nicht akzeptabel (Merkel). So geht größtenteils die öffentliche Aufarbeitung, die die politischen programmatischen Fixpunkte der Rechten kaum berührt. Obwohl das Ende des historischen Faschismus bald 75 Jahre zurückliegt, bringt das 'Bollwerk Demokratie' in seiner Gesellschaft wiederholt Faschismen hervor. Der „Schoß ist fruchtbar noch...“ kritisierte schon B. Brecht.

Der 'Mainstream' führt den neuen aufblühenden Nationalismus – im Gegensatz zum anerkannten Patriotismus der meisten Parteien – auf die Krise des Kapitalismus mit seinen negativen sozialen Folgen zurück. Für die Politik ist klar, dass das vermehrte Anzünden von Flüchtlingsunterkünften den „missbrauchten Ängsten“ der Bevölkerung durch die Rechten geschuldet ist. Die sind ernst zu nehmen und zu beruhigen.

Die „Nachdenkseiten“ (nachdenkseiten.de) z.B. haben dagegen Position bezogen; sie

erkennen kaum eine inhaltliche Auseinandersetzung mit rechten Positionen. Wird der politische Standpunkt der Rechten nicht als verkehrter und schädlicher begriffen, kommt die Kritik über moralische Ablehnung nicht hinaus. Essentiell sind Fragen: Warum sehen sich Menschen, die den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten, die nach über 45 Jahren Mühsal von ihrer Rente nicht leben können, denen hohe Mietlasten zu schaffen machen, bestens bedient von einer Politik, die ihnen nicht sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze bereitstellt, keine Renten aufbessert und nicht für bezahlbare Mieten sorgt? Vielmehr mit Law & Order-Parolen den starken Staat fordert, der für mehr Rücksichtslosigkeiten gegen ausländische Konkurrenz steht und gegen die hier lebenden Ausländer_innen und gegen die Schutz suchenden Flüchtlinge vorgeht!

Inhaltliche Auseinandersetzung

Der geforderten Konfrontation kommt der österreichische Autor H. Auinger in seiner paradigmatischen Analyse des 2017 erschienenen Buches „Die FPÖ – Blaupause der Neuen Rechten in Europa“ nach. Rechte Positionen anhand der Political Correctness etablierter Parteien als „Populismus“ zu etikettieren, ist heuchlerisch, weil Politiker_innen sich damit im „guten Licht“ präsentieren. Wer den Rechtsextremismus nicht schon vorher ablehnte, findet so kaum hilfreiche Argumente. Auinger untersucht deren Weltbild mit seinen politischen



Promedia 2017. 200 S.

Print: € 17,90, E-Book: € 14,99.

Ausformungen. Dazu analysierte er u. a. das „Handbuch freiheitlicher Politik“ der FPÖ sowie des Mitsreiters auf 'Rechtsaußen', M. Howanietz“, „Für ein freies Österreich – Souveränität als Zukunftsmodell“. Die Rechten deuten mittels ihrer Weltanschauung Gesellschaft, Individuum, Staat und Politik anders als die demokratischen Parteien. Über die folgenden Themen führt Auinger eine intensive Auseinandersetzung:

Freiheitsbegriff

In der „freiheitlichen Geisteshaltung“ ist der „Wille zur Selbstverantwortung“ identisch mit der Verpflichtung, „Volk, Heimat und Staat“ zu dienen. Innen hat sich jede_r – so möglich – in der Konkurrenz zu bewähren. Gegen Außen braucht es einen „autonomen und autarken“ Staat. Im rechten Weltbild steht

vor der Freiheit die Bindung ans nationale Kollektiv, der Volksgemeinschaft.

„Frau ist Mutter“ – naturegeben

Die „Familie“ ist „die natürliche Keimzelle“, in der die Frau als „Mutter ... [sich] mit Hingabe“ der „Pflege“ des Nachwuchses widmet. Welche realiter nicht naturegeben, sondern in staatlichen Pflichten eingebettet ist. Howanietz legt die Frau aufs Denken „in häuslichen Kategorien“ fest. Die moderne Rechte will den Frauen „freie Wahl“ einräumen, was jedoch, da sie „biologisch“ festgelegt sind, mit der politischen Festlegung auf familiäre „Kinderbetreuung“ konfligiert. „Gender Mainstreaming“ wird als subversiv abgekanzelt. „Frauenhäuser“ sind ein Hohn, da sie ein Beitrag zur „Zerstörung von Ehen und Partnerschaften“ sind. Bei Abtreibungen ist Schluss mit der Wahlfreiheit, weil dem Volkskörper durch „Tötung im Mutterleib“ möglicher Nachwuchs vorenthalten wird.

„Heimat“ – „Identität“ – „der Andere“

Die „Dreieinigkeit“ von Volk, Nation und Familie ist für die ‚Freiheitlichen‘ die natürlichen Daseinsform. „Heimat“ und „Identität“ seien gefährdet, weil „Leute von außerhalb“ – durchaus legal – ins Land strömen. Sie sind nicht im ‚autochthonen‘ Wurzelvolk, beheimatet – sind die „Anderen“, die auszugrenzenden Ausländer_innen, Migrant_innen und Flüchtlinge. Die Fremden stören, dazu gefährden sie langfristig „das gesamte Sozialsystem“. Wenn Volksfremde sich im Volk breitmachen, kommt es dem ‚identitären Selbstmord‘ gleich. Die Zuschreibungen dieser unerwünschten, störenden Menschen – illegal bis kriminell, wirtschaftlich unnützlich, mit verkehrter Religion – unterzieht Auinger einer Kritik.

Nationale Identität = Sprache, Kultur, Geschichte und Religion

Den Eigenheiten, die die nationale Identität der Inländer_innen ausmachen soll, geht Auinger nach. Im idealisiertem „Wir“ wird eine Menschengemeinschaft als „Volkseinheit“ vorgestellt – nicht nur bei den Rechten –, die den Kampf der divergierenden sozialen Charaktere um den immensen Reichtum mit so ungleichem Einsatz und disparaten Ergebnissen hinterherjagen, uminterpretiert. Präzise wird von Auinger das Gedankengebäude einer „Identität“ in Nationaluniform untersucht, die aus der Natur hergeleitet, damit unverwechselbar und nicht austauschbar sei. Er schreibt von vier „Staatsangehörigkeiten“ der sich ändernden Identität, die ihren Grund im Verlust bzw. der Erweiterung des Staatsterritoriums als Ergebnis zwischenstaatlicher Gewaltanwendung haben. „Bis 1918 gab es Österreich-Ungarn“ als Großmacht, in der „1. Republik“ waren die Bürger_innen u. U. Österreicher_innen mit dem Wunsch nach deutschem „Anschluss“, der 1938 in Erfüllung ging, nach 1945 wieder Österreicher_innen in der „2. Republik“.

Souveränität

Ein zentraler Punkt im freiheitlichen Weltbild der FPÖ ist die „Souveränität“. Die gilt durch einschränkende Verpflichtungen gegenüber dem Ausland als beschnitten. Auch Klagen wie „Verlust der Weltgeltung“ der EU hin zum „Absinken zu einem Protektorat“ der USA werden von Auinger kommentiert; was die Substanz der „Vereinigten Staaten von Europa“ ist sowie das Selbstverständnis der FPÖ, eine Europa-Partei zu sein. Sie begreift sich als Vorreiterin eines „Europas der Vaterländer“ und als „Internationale der Nationalisten“. Hier wird den Unterschieden zwischen den europäischen Rechtsparteien nach-

gegangen. Das Für und Wider der Mitgliedschaft in der EU: sofortiger, schrittweiser oder nuancierter Ausstieg? Welche Bündnisse sind europaweit zu schmieden?

Die FPÖ sieht sich mit Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen als klassenübergreifende Kraft, vereint im Kampf um den Kapitalstandort. Die Wirklichkeit ist ein Benutzungsverhältnis von Staat und Volk. Die Einheimischen pochen auf ihr exklusives Recht, dieser Nation anzugehören – ein Rechtstitel, der nur ihnen qua Geburt und Pass zusteht. Für Ausländer_innen gilt ein restriktives Ausländerrecht, das Vorbehalte gegenüber anderen Staaten offenbart.

Exkurs: „Kriseneskalation“ in der EU

An die 200 Nationalstaaten existieren auf dem Globus. Ihnen allen ist gemein, sich durch ihre Grenzen von anderen abzusetzen. Die kapitalistische Ökonomie stößt bei den potenten Nationen an ihre staatlichen Grenzen. Das sich unablässig anhäufende Kapital drängt nach außen – Stichworte: „Weltmarkt“ und „Globalisierung“. Außenpolitik schließt Verträge mit anderen Souveränen zwecks wechselseitiger Benutzung, um dem nationalen Kapital weltweites Terrain zum Waren- und Kapitaltransport verfügbar zu machen und umgekehrt. Die Potenz seiner Ökonomie steht für die Stellung des Staates in der Welt, entsprechende Gewaltmittel untermauern dies. So sind Weltmächte, auch aufstrebende, Mittel- und Regionalmächte, ‚failed States‘ etc. entstanden. Mit Diplomatie wird der Wille zur Unterordnung anderer Staaten ausgelotet, bei Unwillen steht die ultima Ratio, der Krieg, an. Dass im Frieden der Krieg vorbereitet wird, ist der FPÖ selbstverständlich, wenn jedoch im Land „mehr Partyzelte als Armeezelte“ stehen, ist es dem „Untergang geweiht“.

Krisenkonkurrenz hat zu massenhaften Beschädigungen (Entlassungen, Arbeitsverdichtung, Lohnsenkungen) der nationalen Arbeitskraft geführt. Die Finanzkrise hat Kredite etlicher Nationen prekär gemacht. Um den Euro stabil zu halten, wurden Spardiktate für einige erlassen, wo die Verelendung breiter Bevölkerungsteile als Mittel der Genesung gilt. Die langandauernde Krise der Finanzen und der Staatsverschuldung hat ei-

nen Teil der Union reicher und damit politisch trotz Souveränitätseinbußen mächtiger gemacht. Andere europäische Vaterländer bemängeln, dass für sie dabei weniger herausgekommen ist.

Der Autor macht nicht den sozialen Protest als Kern der Ideologie der Rechten fest, wie das in vielen Publikationen – auch linken – der Fall ist. Die vorausgesetzten sozialen Missstände sind nur das Material, das die Rechten europaweit nutzen, die

soziale Frage in die nationale Frage zu transformieren. Auinger arbeitet die Unterschiede wie die Gemeinsamkeiten der Rechten in Europa heraus. Er liefert eine Reihe von einleuchtenden Begründungen, mit denen man den neuen nationalen Aufbruch – in welcher Variante und Nationalität auch immer – erklären und ihm somit die 'Stirn bieten' kann.

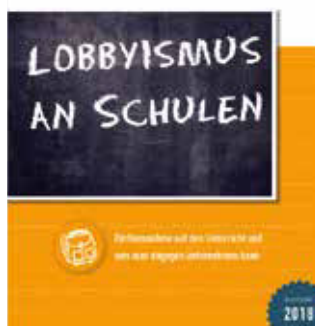
F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK

Kritisieren, blockieren, verhindern

Mit Werbung, Schul sponsoring oder Schenkungen nehmen Unternehmen zunehmend Einfluss an deutschen Schulen. Vor allem Digitalkonzerne wie Apple, Google oder Microsoft drängen verstärkt ins Klassenzimmer. Mit einer neuen Broschüre liefert LobbyControl Lehrer_innen, Eltern und Schüler_innen Hintergründe und gibt praktische Tipps, wie Schulen und Politik dieser Einflussnahme begegnen sollten.

Die kostenfreie Broschüre benennt Akteure und Strategien von Unternehmen und Stiftungen, um an Schulen aktiv zu werden. Gleichzeitig geht die kostenfreie Publikation anhand von aktuellen Fällen auf die damit verbundenen Gefahren ein.

Fabian Kaske, LobbyControl-Experte für Lobbyismus an Schulen: „Angesichts knapper Kassen sehen viele Schulleitungen in den Angeboten von Unternehmen und Stiftungen vor allem eine Chance. Mit dieser Broschüre wollen wir sie sowie Lehrkräfte, Eltern und Schüler_innen dafür sensibilisieren, ihren Blick zu schärfen.“



Geldflüsse offenlegen sowie kritisch mit Unterrichtsmaterialien, Expert_innen und Sponsoring umgehen.

Digitalisierung ist das zentrale Einfallstor für Lobbyismus

LobbyControl beobachtet, dass die Digitalisierung ein zunehmendes Einfallstor für Lobbyismus an Schulen bietet. Das reicht von scheinbar neutralen Organisationen mit Unternehmenshintergrund wie dem „Netzwerk Digitale Bildung“ bis zu den Aktivitäten der Calliope gGmbH, die von großen Konzernen wie Google finanziert wird und über den Weg der Schenkungen Lehrinhalte beeinflusst. In den USA wiederum sind Apple oder Google an den Schulen längst durch Apps und Lernplattformen („Apple Classroom“, „Google Classroom“, „Apple School Manager“) weit verbreitet. Die kürzlich eröffnete Google Zukunftswerkstatt in Deutschland zeigt die zunehmende Bedeutung auch hierzulande.

„Die großen Digitalkonzerne drängen auf den deutschen Bildungsmarkt. Ihre zunehmenden Aktivitäten zeigen, dass wir eine gesellschaftliche Debatte darüber brauchen, welche Form der digitalen Bildung wir in unseren Schulen wollen. Diese Diskussion dürfen wir nicht den Digitalkonzernen überlassen“, sagt Kaske.

Interessierte können sie kostenfrei bestellen unter: <https://www.lobbycontrol.de/produkt/lobbyismus-an-schulen-broschuere/>

Checkliste: Lobbyismus an Schulen erkennen und verhindern

Auf der politischen Ebene fordert LobbyControl ein Werbeverbot an Schulen, eine Monitoringstelle für Unterrichtsmaterialien und höhere Transparenzpflichten.

Zudem hat LobbyControl eine Checkliste für Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern erarbeitet. Sie sollten unter anderem die Interessen der Anbieter hinterfragen, Kooperationen und